Erläuterung zur Feuerwehrstrukturplanung der Stadt Liebenau

Ausgangslage

Die Stadt Liebenau beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem Zustand ihrer Feuerwehrhäuser sowie der langfristigen Sicherstellung eines leistungsfähigen Brandschutzes.

Bereits vor rund vier Jahren wurde für das Feuerwehrhaus Liebenau-Kernstadt durch ein Fachplanungsbüro eine Sanierungsplanung erstellt. Die damals veranschlagten Investitionskosten lagen bei etwa 500.000 €. Im Rahmen der Beratungen wurde jedoch deutlich, dass die geplanten Maßnahmen, die vom Technischen Prüfdienst festgestellten Mängel nur teilweise beseitigt hätten. Die sicherheitsrelevanten Defizite wären damit zwar reduziert, jedoch nicht umfassend behoben worden. Vereinfacht dargestellt hätte sich die Situation lediglich von einem kritischen Zustand auf ein mittleres Risikoniveau verbessert, ohne die grundsätzlichen Probleme dauerhaft zu lösen.

Vor diesem Hintergrund entschied die Stadtverordnetenversammlung seinerzeit, keine isolierte Einzelmaßnahme für einen Standort umzusetzen. Stattdessen wurde der Beschluss gefasst, eine gesamtheitliche Betrachtung aller Feuerwehrstandorte innerhalb des Stadtgebietes vornehmen zu lassen und auf dieser Grundlage ein langfristig tragfähiges Feuerwehrkonzept zu entwickeln.

Beauftragung der Machbarkeitsstudie

In Umsetzung dieses politischen Beschlusses wurde die kplan AG mit der Erstellung einer umfassenden Machbarkeitsstudie beauftragt. Ziel war es, nicht nur einzelne Gebäude zu betrachten, sondern die gesamte Feuerwehrstruktur der Stadt Liebenau hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit zu untersuchen.

Die Untersuchung erfolgte insbesondere auf Grundlage:

- der Raum- und Flächenanforderungen der Feuerwehren,
- der Einsatz- und Personaldaten aus Florix,
- der Prüfberichte des Technischen Prüfdienstes,
- der Vorgaben des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (HBKG),
- der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften (DGUV),
- geltender DIN-Normen und Arbeitsstättenrichtlinien,
- der Hilfsfristenbetrachtung und Fahrzeitanalysen,
- der Grundstücks- und Standortbewertungen sowie
- der verfügbaren Einsatzkräfte am Tag und in der Nacht.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sämtliche Feuerwehrhäuser der Stadt Liebenau teilweise erhebliche bauliche, funktionale und sicherheitsrelevante Defizite aufweisen und in unterschiedlichem Umfang Handlungsbedarf besteht.

Vorstellung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Kurzfassung wurden durch die kplan AG dem Magistrat, den Führungskräften der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Stadtverordnetenversammlung in einer nichtöffentlichen Sitzung vorgestellt.

Im Ergebnis empfiehlt die Studie eine strukturelle Neuordnung der Feuerwehrstandorte und bewertet eine Variante mit teilweisen Standortzusammenlegungen als Vorzugsvariante. Als wesentliche Gründe werden die festgestellten Gebäudemängel, Grundstücksdefizite, die teilweise eingeschränkte Tagesverfügbarkeit von Einsatzkräften sowie die langfristige Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit der Feuerwehrstruktur genannt.

Initiative der Freiwilligen Feuerwehr

Die Freiwilligen Feuerwehren haben angekündigt, einen eigenen Alternativvorschlag zur zukünftigen Feuerwehrstruktur zu erarbeiten.

Ziel dieses Konzeptes ist es,

- die zu erwartenden Investitionskosten zu reduzieren,
- möglichst alle bestehenden Feuerwehrstandorte zu erhalten und
- alternative Lösungsansätze zur Machbarkeitsstudie aufzuzeigen.

Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die ihre Ergebnisse innerhalb der nächsten drei Monate vorstellen möchte.

Dieses Engagement verdient Anerkennung. Die Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden verfügen über umfangreiche praktische Erfahrungen aus dem täglichen Einsatzdienst und können damit einen wichtigen Beitrag zur Entscheidungsfindung leisten.

Verantwortung des Dienstherrn und der politischen Gremien

Bei der weiteren Beratung sollte neben finanziellen und organisatorischen Fragestellungen auch die Verantwortung für die Sicherheit der Einsatzkräfte berücksichtigt werden.

Die festgestellten Mängel betreffen vielfach nicht lediglich Komfort- oder Ausstattungsfragen, sondern Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Unfallverhütung sowie der sicheren Durchführung des Feuerwehrdienstes. Grundlage hierfür sind insbesondere die Vorgaben des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes, die Regelungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung sowie weitere technische und bauliche Vorschriften.

Der Bürgermeister steht als Leiter der Verwaltung und Dienstherr an vorderster Stelle in der Verantwortung für die Sicherheit der Feuerwehrangehörigen. Auch die politischen Entscheidungsträger tragen Verantwortung, soweit über die künftige Struktur und die hierfür erforderlichen Investitionen entschieden wird.

Zwar können einzelne Risiken vorübergehend durch Dienstanweisungen, organisatorische Regelungen oder Nutzungsbeschränkungen reduziert werden. Hierdurch werden die Ursachen der festgestellten Mängel jedoch nicht beseitigt. In vielen Fällen werden Risiken lediglich organisatorisch abgefedert, während die eigentlichen baulichen oder funktionalen Defizite weiterhin bestehen bleiben.

Damit besteht die Gefahr, dass Verantwortung schrittweise vom Dienstherrn auf die handelnden Feuerwehrangehörigen und Führungskräfte vor Ort verlagert wird. Dies mag für einen begrenzten Übergangszeitraum vertretbar sein, kann jedoch keine dauerhafte Lösung darstellen. Die Frage, ob bekannte Sicherheitsdefizite über längere Zeiträume durch organisatorische Regelungen kompensiert werden sollen, ist letztlich auch eine politische Entscheidung über den Umgang mit Verantwortung und Risiko.

Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr leisten ihren Dienst ehrenamtlich und übernehmen Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sollte das Ziel sein, ihnen sichere und den geltenden Anforderungen entsprechende Arbeits- und Einsatzbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Erforderlichkeit einer zeitnahen Entscheidung

Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits vor mehreren Jahren entschieden, die Situation der Feuerwehren nicht standortbezogen, sondern gesamtheitlich untersuchen zu lassen. Die hierfür beauftragte Machbarkeitsstudie liegt mittlerweile vor. Damit stehen umfassende fachliche Bewertungen und belastbare Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung.

Es erscheint sinnvoll, der Arbeitsgruppe der Feuerwehr die Gelegenheit zu geben, ihren angekündigten Alternativvorschlag innerhalb des vorgesehenen Zeitraums von 3 Monaten vorzulegen. Anschließend sollten die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und die Empfehlungen der kplan AG gemeinsam bewertet und gegenübergestellt werden.

Danach sollte jedoch sehr zeitnah eine Grundsatzentscheidung über die zukünftige Feuerwehrstruktur der Stadt Liebenau getroffen werden.

Die bestehenden baulichen, organisatorischen und sicherheitsrelevanten Defizite sind seit Jahren bekannt. Eine weitere Verschiebung der Entscheidung würde diese Probleme nicht lösen, sondern lediglich den Zeitraum verlängern, in dem bekannte Mängel fortbestehen. Auch notwendige Investitionen würden dadurch weiter hinausgeschoben.

Fazit

Die Stadt Liebenau steht heute nicht mehr vor der Frage, **ob Handlungsbedarf besteht**, sondern ausschließlich vor der Frage, **welcher Weg zur Beseitigung der festgestellten Mängel eingeschlagen werden soll**.

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit der Beauftragung der kplan AG bewusst den Weg einer fachlich fundierten Gesamtbetrachtung gewählt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen nun vor. Gleichzeitig hat die Freiwillige Feuerwehr angekündigt, einen eigenen Alternativvorschlag zu erarbeiten.

Beide Ansätze sollten nach Vorlage der Feuerwehrvorschläge sorgfältig bewertet werden. Anschließend sollte die Stadtverordnetenversammlung eine Richtungsentscheidung treffen, damit die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung eines leistungsfähigen, sicheren und zukunftsfähigen Brandschutzes in der Stadt Liebenau eingeleitet werden können.

Dabei sollte berücksichtigt werden, dass die bekannten Mängel nicht dauerhaft durch organisatorische Maßnahmen kompensiert werden können. Langfristig wird die Stadt ihrer Verantwortung gegenüber den Einsatzkräften nur dann gerecht, wenn die Ursachen der festgestellten Defizite nachhaltig und dauerhaft beseitigt werden.